

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die einmal täglich erscheinende **Pommersche Zeitung** mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende **Stettiner Zeitung** mit 50 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
 Die Redaktion.

Berlin, 27. Februar.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 27. Februar 1899.

Präsident Graf v. Helldorf verliest zu nächst ein von der Raderfabrikanten-Gesellschaft in Hamburg eingegangenes Schreiben, in welchem dieselbe dem Reichstage ihren Dank für die Ertheilung des Reichstages an Sonnabenden ausdrückt. Die Verabreichung des Reichstages der Verwaltung der elbischen-Lothringischen Reichseisenbahnen wird fortgesetzt.

Abg. Haus (Erl.) empfiehlt Petitionen um Gehaltsaufbesserung für verschiedene Beamten-Kategorien.

Abg. Niff (fr. Vereinig., ebenfalls Erl.), tritt ebenfalls ein, namentlich zu Gunsten der Telegraphisten.

Abg. Werner (Antikem.) plaidiert für Gehalts-Erhöhungen für Betriebssekretäre und Telegraphisten.

Minister Thielens entgegnet, die Klasse der Betriebssekretäre stehe auf dem Aussterben, an die Eisenbahnteilgraphisten ferner würden nicht so hohe Anforderungen gestellt wie an die Teilgraphisten der Reichspost-Verwaltung. Die Lokomotivführer seien in ihrer Stellung wiederholt nicht unwerthig aufgeführt worden.

Abg. Wargmann wünscht Aufbesserung der Bezüge der Oberleitungsbeamten.

Abg. Buch verweist auf die erhebliche Mehrbelastung von Zugführern, Lokomotivführern, Weichenstellern im vorliegenden Etat. Da doch selbstverständlich ein so starker Mehrbedarf nicht gerade in diesem Jahre eingetreten sein könne, sei das der beste Beweis, daß in den Jahren zuvor in ungewöhnlicher Weise notwendige Stellen mit Hilfskräften besetzt worden seien, und zwar mit unzulänglichen. Schaffner hätten als Zugführer, Heizer als Lokomotivführer fungieren müssen, u. s. w. Welche Gefahr liegt darin, wenn man plaidiert weiter für Gehaltsverbesserungen.

Abg. Werner vertritt nochmals die schon vorher von ihm geäußerten Wünsche. Minister Thielens erklärt, dem Abg. Buch nicht zugeben zu können, daß Heizer, Lokomotivführer u. s. w. durch unzulängliche Beamten vertreten würden und daß die Neueinstellungen im vorliegenden Etat darauf schließen ließen, es seien in der Vergangenheit zu wenig Zugführer angestellt gewesen. Für normale Verkehrsverhältnisse reiche die Zahl der Angestellten aus, für außerordentliche Umstände werde Rath geschafft aus dem Vorjahr, das aber ebenfalls qualitativ sei. Als Heizer würden dann z. B. Schloffer eingestellt, die das Gerasen gemacht hätten. Es komme natürlich immer einmal vor, daß ein Beamter den nächsten Heizerstellen vertreten müsse. Gegenüber Werner wiederholt der Minister nochmals, daß Vorbereitung und Beschäftigung der Eisenbahnteilgraphisten ganz anders sei, als die der Telegraphisten in der Postverwaltung.

Abg. Müller, Referent, bedauert, daß diese Debatten nicht bis zu geheimer Beratung der betreffenden Petitionen verschoben worden seien, da der Abschluß der Etatsberatung dadurch verzögert werde.

Abg. Schmidt-Warburg glaubt aus den Worten des Ministers entnehmen zu können, daß derselbe doch noch etwas entgegenkommen gegenüber den Wünschen auf Gehaltsverbesserungen sei, als Herr Miquel im Abgeordneten-Saale.

Bei einem weiteren Titel befragt Abg. Haus Mangel an Betriebsmitteln, besonders Personenzugwagen, jedoch nicht selten, auch bei nicht übermäßigem Verkehr, eine Ueberfüllung derselben eintrete.

Bei den einmaligen Ausgaben hat die Kommission eine erste Rate von 400 000 Mark gefordert für Anlage einer elektrischen Zentrale in Mühlhausen.

Geh. Rath Watzersapp erwidert um Bewilligung.

Nach längerer Debatte entscheidet sich das Haus, gemäß dem Antrag der Kommission, für Streichung des Postens.

Die Kommission beantragt schließlich zu diesem Etat noch eine Resolution betr. Abänderung von Ueberständen — auf dem Güterbahnhof und in Folge von Abwehr-Übergängen — in Straßburg und Kolmar.

Die Resolution wird angenommen.

Der Etat des Rechnungshofs wird debattirt.

Beim Etat des Reichs-Schatzmeisters bemängelt Abg. Bach eine preussische Verfügung, wonach für eine gewisse Kategorie des Verkehrsvertrages im Bereich der Textilindustrie die sonst dem Verkehrsvertrags gewährten Vergünstigungen aufgehoben worden seien. (Es handelt sich dabei um Zollgüter-Einfuhr.) In Hamburg bekümmern diese Vergünstigungen noch fort, jedoch die preussischen Industriellen in dieser Beziehung schlechter gestellt sein, als die hamburgischen.

Schatzsekretär v. Thielmann: Ein Ausgleich ist schon im Wege, indem der Bundesrath die Gründe, welche die Hamburger Zollverwaltung leiten, dem preussischen Finanzminister mitgeteilt hat. Wenn der Bundesrath außerdem wünscht, daß der Verkehrsvertrag generell vom Reich geregelt werde, so möchte ich ihn bitten, mit solchen Wünschen zu warten, bis es sich um Feststellung des neuen Zolltarifs handelt.

Der Etat wird hierauf genehmigt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, Titel Zölle, tagt

Abg. Schönerling-Schöck über Schädigung der Reichsstaatskasse durch unbrauchbare Anwendung des Wertungsvorgangs bei Export von Weizen, indem auf minderwerthiges Weizen dieselbe Ver-

gütung gezahlt werde wie auf gutes. Welche Maßnahmen denke die Regierung zu ergreifen, um diesem Mißstand zu begegnen, durch den unsere Mülerei ruiniert werde zu Gunsten der großen Exportmüllerei. Unser ganzes Vergütungsverfahren sei falsch, weil es nicht Rücksicht nehme auf die Vergleichbarkeit der ausgeführten Weizen. Ein blühendes Gewerbe werde hier geradezu systematisch ruiniert und noch dazu auf Kosten der Staatskasse. Gefordert werde der Verzichtungsprozeß durch die Fortdauer der zinsfreien Zollkredit auf Mühlentonten.

Schatzsekretär v. Thielmann: Es liegt hier eine außerordentlich verwickelte Frage vor. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen hochwertigen und geringwerthigen Weizen. Die Vergütung erfolgt unterschiedslos auf Mühlentonten. Ich will aber bereit sein, gemäß dem Wunsch des Landwirtschaftsraths, einen Weg zu finden, um die Vergleichbarkeit der Typen zu berücksichtigen. Aber ganz sicher wird dieser Weg nie sein, denn die Typen verändern sich mit dem Jagen. Daß die Reichsstaatskasse geschädigt worden sei, dafür liegt ein Beweis nicht vor. Ich wiederhole aber, wenn ein anderes Verfahren dem gegenwärtigen Verfahren vorzuziehen sein sollte, wenn die Untersuchung dies ergibt, so werde ich nicht verfehlen, dasselbe dem Bundesrath vorzuschlagen. Diejenigen Vortheile, welche die Exportmüllerei an der See der Natur der Sache nach hat, wird ihr auch die Gesetzgebung niemals nehmen können. Ich bin, wie gesagt, bereit, die Wünsche des Landwirtschaftsraths zu prüfen, aber ich kann nicht zugeben, daß das jetzige Verfahren ein absolut schlechtes ist.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung und weitere Etats, auch Militäretat.

Schluß 6 Uhr.

Berlin, 27. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 27. Februar 1899.

11 Uhr.

Am Ministertische: Vrefeld und Stommarren.

Die Spezialberatung des Berg-, Hütten- und Salinen-Etats wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Ministerial-Abtheilung für das Bergwesen“.

Abg. Dr. Sige (Zr.) führt Klage über die ungünstige Behandlung der Bergarbeiter; während man ihnen in den rheinischen Bezirken den Eintritt zu den Stollen völlig freigestellt, werden sie in Schlesien zum Eintritt gezwungen. Auch das geheime Wahlrecht in Stollenbezirken könne man ihnen geben, nachdem sie es für die politischen Wahlen zum Reichstage erhalten haben. Die christlichen Arbeitervereine seien nicht gegen die Arbeitgeber gerichtet, sondern bedürften nur, die Arbeiter von der Sozialdemokratie loszureißen und es sei bedauerlich, wenn auch Herr Sattler seine Abneigung gegen den Katholizismus nicht unterdrücken kann. Der Preisberger Anstand sei seine ihm heute von den Arbeitgebern provoziert; der Schluß der Grube stand schon vorher fest.

Minister Vrefeld vertheidigt zunächst die Wahlbarkeit der Beamten in den Knappschaftskassen; die Beamten sind Mitglieder, zahlen ihre Beiträge, erfüllen alle Pflichten der Knappschaftsmitglieder; warum sollen ihnen da die Rechte genommen werden? Die Einführung des geheimen Wahlrechts ist nur im Wege der Gesetzgebung möglich. Wünsche werden erörtert; es auch, daß die bergrechtlichen Bestimmungen bei einer künftigen Veränderung mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen der Alters- und Invaliditäts-Versicherung in Uebereinstimmung gebracht werden und ebenso könnte bei dieser Gelegenheit die gewünschte Aenderung des Knappschafts-Etats erfolgen.

Abg. Vorker (fr.) befreit dem Abg. Fuchs gegenüber, daß die Arbeiter nicht hätten, den Arbeitgeber-Korporationen gegenüber sich zu organisieren. Diese Korporationen haben mit der Lohnfrage nichts zu thun; sie sind nötig, um die Industrie vor der Verfallenerung zu bewahren. Auch die christlichen Agitatoren sind Friedensstörer. (Sehr richtig!) Die Berufsvereine sind längst entbehrlich geworden; man verwerfe ummilt die Zeit des Haus mit diesen Erörterungen. (Beifall.)

Abg. Fuchs (Zr.) konstatirt vor dem Lande, daß die Bezahlung der Löhne der Arbeiter von den Nationalliberalen eine Verleumdung, der Zeit des Hauses genannt wird. Die Zeit der Nationalliberalen ist zwar längst vorüber, seit Bismarck dem Abg. Lasker das Konzept verbrannt hat. Die Herren thun aber immer noch so, als ob sie noch die gleiche Bedeutung wie früher hätten. Das Zentrum werde nach wie vor die Interessen der Arbeiter wahren, wo dies möglich erscheine. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Sattler (ntl.) wirft dem Abg. Fuchs vor, daß seine Darlegungen über die Arbeiter-Verhältnisse so verkommen gewesen seien, daß sie überall unrichtig erschienen und doch nirgends recht faßbar sind. Er geht dann nochmals auf den Preisberger Fall ein, wo man wegen Feiern eines katholischen Feiertages die Arbeiter zum Ausstand drängte und nachher sogar den Bischof überantrug, so daß er die bereits abgegebene Erklärung, wonach er diesen Feiertag als nicht obligatorisch ansah, wieder zurücknahm.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Bei dem Kapitel „Oberbergämter“ liegt ein Antrag Hirsch (fr. Vp.) vor: die Regierung zu eruchen, zwecks Verhütung von Unfällen und Stärkung des Vertrauens der Grubenarbeiter für die Sicherheit des Betriebes, neben den Revier-aufsichtsbeamten Arbeiter-Vertreter zur Besichtigung der Steinkohlengruben heranzuziehen.

Abg. Dr. Hirsch begründet seinen Antrag. Er weist auf das große Unglück der Grube „Karolinengrube“, das vor einem Jahre stattfand, hin und bemerkt, daß die damals gewöhnliche Statistik der Ueberlebenden bisher nicht bekannt geworden sei. Die allererste als nötig anerkannte Verhütung der Grubenunfälle könne nur in zwei Formen erfolgen, entweder durch Vermehrung des Aufsichtspersonals oder durch Heranziehung der Arbeiter. In der Kommission ist erklärt, daß die Heranziehung der Arbeiter

nicht bewährt habe, Gründe für diese Meinung sind nicht angegeben worden. Demgegenüber führt Hirsch aus, daß diese Einrichtung in England bereits besteht und seit einem Vierteljahrhundert sich gut bewährt habe. Unter Hinweis auf die große Zahl der Grubenunfälle bei uns empfiehlt Hirsch, auch bei uns einen Versuch mit solchen Arbeiter-Vertretern zu machen. Auch in Belgien besteht diese Einrichtung und habe zu Klagen keinen Anlaß gegeben. Die Furcht vor den Sozialdemokraten sei hierbei kleinlich und unbegründet. Die Mehrheit der Grubenarbeiter gehöre nicht der Sozialdemokratie an. Außerdem dürfe man doch auch nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie eine große innere Wandlung durchgemacht. Es handle sich darum, Menschenleben zu erhalten und zu schützen und da sollte man den Arbeitern das Recht nehmen, bei einem Unglück zu sagen: „Das wäre nicht passiert, wenn wir bei der Besichtigung theilhaftig gewesen wären.“ (Beifall.)

Abg. Hirsch (fr.) bekämpft den Antrag. Die Grubenbeaufsichtigung erfordere ein Maß von Kenntnissen, das dem Arbeiter fehle. Ein gewählter Aufseher könne auch in eine bedenkliche Stellung seinem Arbeitgeber gegenüber. Außerdem sei gar nicht zu bezweifeln, daß die Bergarbeiter zur Sozialdemokratie neigten; das haben namentlich die letzten Reichstagswahlen in den Bergbezirken Schlesiens ergeben. Die Statistik ergebe übrigens, daß die meisten Grubenunfälle hervorgerufen werden durch Unvorsichtigkeit und vortheilhaftig durch das Verhalten der Grubenarbeiter.

Abg. Dr. Sige würde die Theilnahme der Arbeiter für eine wesentliche Verbesserung der Grubenarbeit betrachten. Die Schwierigkeiten der Einrichtung verneinte er nicht, aber sie sind nicht unüberwindlich und sollten nicht abschrecken.

Abg. v. Bockelberg (Konf.) anerkennt die Nothwendigkeit einer strengeren Kontrolle; dafür seien aber die staatlichen Aufsichtsbeamten die besten Beamten; man möge diese Beamten, die so zu sagen die Gendarmen unter der Erde sind, besser befehlen und sie als Aufseher oder Kontrolleure bezeichnen. Der von dem Antrag vorgeschlagene Weg erscheint unpraktisch und nicht ungefährlich. Der Vorwurf, den der „Vorwärts“ gegen den Minister schleudert, daß er die Erfahrungen des Auslandes nicht berücksichtige, sei durchaus unbegründet. In Frankreich haben sich die Arbeiter-Aufsicher nicht bewährt. Durch Annahme des Antrages würden wir die bestehende Kluft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nur erweitern.

Minister Vrefeld ist nicht im Zweifel darüber, daß die Grubenaufsicht geübt werden muß durch gehörig qualifizierte Beamte; daß aber die Frage, ob Arbeiter-Vertreter für später zugezogen werden sollen, vorläufig ausstehe. Was die Erfahrung in anderen Ländern bezüglich der Arbeiter-Vertreter anbelange, so finde sie nicht übereinstimmend; nicht einmal in den Bezirken eines Landes stimmen die Beobachtungen überein. Er glaube, daß nur da, wo zwischen Arbeitern und Arbeitgebern volle Uebereinstimmung über die Möglichkeit der Einrichtung bestehe, dieselbe auch durchführbar sei. Der Minister begründet diese Auffassung durch Hinweis auf die Verhältnisse in Frankreich, Belgien und England. Ueberall erkenne man an, daß viele Anzeigen der Arbeiterbelegten nur äußerst geringfügige Dinge betreffen. Ueberall stimme man darin überein, daß für die Aufsicht der Grubenbeamten Kenntnisse erforderlich sind, die die Arbeiter nicht besitzen. Die Gefahr ist daher den staatlichen Gruben als geringfügig; es würde daher nahe liegen, die Einrichtung zunächst auf Privatgruben zu machen. Gehe sich diese Vorschläge nicht praktisch bewährt haben, kann die Regierung nicht dazu Stellung nehmen. Aus diesem Grunde allein wird das Haus gut thun, den Antrag abzulehnen.

Abg. Götze (fr. Vg.) empfiehlt die Verneuerung der Revierbeamten, bemängelt den bürokratischen Schematismus des Sicherheitsdienstes, der einfach in der Praxis unanführbar sei. Im vorigen Jahre nach dem Unglück in der Grube „Karolinen-Grube“ war man geneigt, den Arbeiter Konzeptionen zu machen; heute ist der Wind vollständig umgeschlagen. Es müßte doch auch für den Arbeitgeber eine große Verneuerung sein, wenn bei einem Unglück darauf hingewiesen werden kann, daß auch die Arbeiter es nicht voraussehen konnten. Es empfehle sich vielleicht für heute noch, den Antrag Hirsch zurückzuziehen; seine Freunde würden eventuell für den Antrag stimmen.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Fürst tritt den Ausführungen des Vorredners bezüglich der Revierbeamten entgegen.

Abg. v. Gynern (natl.) bekämpft den Antrag der hohen Kosten wegen. Die Gefahr sei in ihrem Maaße begriffen. Der Antrag fördere sozialdemokratische Zwecke.

Sobald verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Phantasie der großpolnischen Propaganda sich verleiht, zeigt der allen Genes in den nationalpolnischen Blättern gedruckte Wahn, als werde die polnische Sache auf der geplanten Friedenskonferenz zur Verhandlung gelangen. Der Bamberger „Diener des Volkes“ trägt seinen Lesern das Märchen auf, der Präsident der Vereinigten Staaten Mac Kinley habe sich einem angehenden Polen gegenüber dahin geäußert, daß bei gewissen passenden Gelegenheiten Amerika etwas für Polen thun könne, um dann fortzufahren:

„Als der Jar die Friedenskonferenz machte und alle Staaten im Prinzip derselben beistimmten, da fragten die hervorragenden Polen in Amerika an, die Mitglieder der amerikanischen Regierung dahin zu sondiren, ob der oder die Vertreter Amerikas auf dieser Konferenz die polnische Frage nicht berühren könnten, welche das Hauptbedürfnis für die Erhaltung des europäischen Friedens und der damit zusammenhängenden Abrüstung ist. In den amerikanischen Regierungskreisen fand dieser Vorschlag sehr bereitwillige Aufnahme und Billigung, und als die öffentliche Meinung und die amerikanische Presse sich lebhaft

mit dieser Angelegenheit befaßte und von der Regierung geradezu forderte, die polnische Frage auf der Friedenskonferenz durchaus zu berühren, setzte sich Mac Kinley mit den dortigen Polen ins Einvernehmen und empfahl, eine umfassende Denkschrift in dieser Angelegenheit auszuarbeiten und diese ihm amtlich einzureichen. Er werde bei der Regierung von dieser Schrift Gebrauch machen, welche sodann ihren Vertretern Instruktionen nach dieser Richtung hin ertheilen werde.“

Das Bamberger Blatt giebt sich den Anschein, als nehme es diesen Unsinn für bare Münze. Erhält es dadurch doch einen Vorwand zur Gegenüberstellung von den amerikanischen und den preussischen Zuständen, wobei natürlich letzterer „Pseudokulturstaat“ mit seiner „menschenfresserischen Politik“, die er ebenso bei den Regieren in Afrika wie heute im Posenischen, Westpreußen und Oberschlesien befolgt, sehr übel wegkommt. Einen anderen als preussengeheischen Zweck hat die ganze Trabe des „Diener des Volkes“ natürlich nicht.

Der Gesamtbeitrag der zur Förderung gemeinnütziger Zwecke von den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten aufgewendeten Mittel hat sich von 49.1 Millionen Mark Ende 1897 auf 84.9 Millionen, also um 35.8 Millionen Mark, am Ende 1898 gesteigert. Davon entfielen auf den Bau von Arbeiterwohnungen 35.4 Millionen, auf die Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypotheken, Kleinrenten, Land- und Wegeverbesserungen, Sebung der Viehzucht u. s. w.) 35.8 Millionen, auf den Bau von Kranken- und Genußhäusern, Volkshäusern, Gemeindefesthallen, Herbergen zur Heimath, Volkshäusern, Windmehleinen Kleinrenten, Schlachthäusern, Wasserleitungs-Anlagen, Straßentanten, Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrts-Einrichtungen 13.7 Millionen.

Der Zuwachs bei den Aufwendungen für Arbeiterwohnungen belief sich im Jahre 1898 auf 13.9 Millionen, bei der Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses auf 18.5 Millionen und bei den Wohlfahrts-Einrichtungen auf 3.4 Millionen Mark.

Durch die am 1. Januar 1899 in Kraft getretene Krankenversicherung-Novelle ist bekanntlich den Berufsvereinigungen das Recht der Fürsorge für die Unfallverletzten auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Eintritt des Unfalles gewährt. Mit den Jahren wird seitens der Berufsvereinigungen von diesem Rechte immer stärker Gebrauch gemacht. Im Jahre 1898 sorgten für die Verletzten innerhalb der Bezugszeit 54 Berufsvereinigungen, 1897 schon 55; im Jahre 1893 betrug die Zahl der übernommenen Fälle 2494 und 1897 schon 10 442. Dementsprechend sind auch die Berufsvereinigungen für diesen Tätigkeitsbereich gestiegen. 1895 beliefen sie sich auf 304 250,98 Mark und 1897 nach einer soeben veröffentlichten Statistik des Reichs-Versicherungsamtes auf 580 306,59 Mark. Von der letzteren Summe entfielen 515 936 13 Mark auf die gewerblichen und 64 370,46 Mark auf die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen.

München, 27. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute mit 110 gegen 3 Stimmen den Artikel des neuen Gewerbe-Steuergesetzes an, durch welchen für Warenhäuser, Großmagazine und dergleichen eine Umsatzsteuer von 1/2 bis 3 Prozent vom Umsatz festgelegt wird.

Italien.

Rom, 27. Februar. Wie verlautet, ließ der Papst sein tiefstes Bedauern ausdrücken, daß er es nicht durchsetzen konnte, den Vatikan ebenfalls zur Abrüstungskonferenz zu laden.

Rom, 27. Februar. Dem Empfang des Papstes anläßlich des Jahrestages seiner Thronbesteigung blieb der französische Botschafter auf Wunsch seiner Regierung fern. Die französische Regierung soll über den Zwischenfall in der französischen Kirche anläßlich des Requiem für Faure höchst unzufrieden sein.

England.

London, 27. Februar. In einem Artikel der „Times“ über die Philippinenfrage heißt es: Wir sind besten ganz sicher, daß ebensoviele ein triftiger Grund zu einer Trennung der Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten vorliegt, wie zu einer Interessengleichung zwischen England und jedem dieser beiden Staaten. Aber Nationen lassen sich ebenso sehr durch Stimmungen als durch Logik lenken; und in Anbetracht der Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, die die Amerikaner bezüglich der Philippinen haben, ist es nur eine billige Forderung, daß Unheilthäter bei Zeiten ferngehalten werden. Was nun aber auch geschehen mag, soviel ist sicher, daß der Weltfrieden auf Jahre hinaus gesichert werden kann, wenn man Eiferfuchtigkeiten, Beargwöhnungen und Antipathien zum Vorschein bringt, die doch nicht in einer ernsten Divergenz der Interessen wurzeln und die durch Anwendung von ein wenig Takt vermieden werden können.

Türkei.

Konstantinopel, 26. Februar. Der französische Botschafter Konstantin erhielt den Großorden des Medschidschordens in Brillanten.

Afrika.

Kairo, 26. Februar. Einer amtlichen Meldung zufolge liegt gegenwärtig keine Absicht vor, Verstärkungen nach dem Sudan zu entsenden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. Februar. Das 50-jährige Stiftungsfest der Pommerschen Gastwirths-Vereinigung wurde gestern mit einer Vorfeier im Bellevue-Etablissement eingeleitet, welche sich eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte, denn auch von außerhalb waren viele Gäste eingetroffen. So waren Vertreter der Berliner Gastwirths-Vereine erschienen, sodann Delegirte des Zentral-Vorstandes, darunter der Präsident des deutschen Gastwirths-Verbandes, Herr Th. Müller-Berlin, und die Vereine der pommerschen Zone

hatten es sich nicht nehmen lassen, ihre Delegirten zu entsenden, besonders von Greifswald, Stargard, Demmin, Pyritz und Anklam waren zahlreiche Gastwirths, zum Theil mit ihren Familien anwesend. Das Bellevue-Etablissement war auf das prächtigste decorirt, wobei besonders die Schilder und Wappen der 25 Städte hervorstrahlten, in denen bisher deutsche Gastwirthstage abgehalten wurden. Die Gäste wurden durch folgendes Transparent begrüßt:

„Auf Bellevue seid heut willkommen, Lust und Freude hier erblühe, Nie sei Hoffnung Euch genommen Fernerhin auch auf „belle vue“.

Ein zweites Transparent bezog sich auf den Gastwirthsstand:

„Wer trübe Stimmung gern verbannt Und gern sich labt an gutem Bier, Der wird beim ganzen Gastwirthsstand Steht so willkommen sein wie hier.“

Besonders bemerkt sei, daß auch Vertreter der Behörden anwesend waren. Um 6 Uhr begann im Konzertsaal mit einem „Willkommen“-Marsch das Konzert der Theaterkapelle unter Leitung des Herrn Kapellmeisters A. Pfeister, und schon während dieses ersten Theiles war der Saal sehr gut besetzt, aber der Hauptanbruch begann, als um 7 1/2 Uhr das Theater seinen Anfang nahm und in demselben thätigst sehr Plätze leer blieb. Zur Aufführung gelangte der Dreyer'sche Schwan „Groschmann“, worin Herr Direktor Resemann durch sein humorvolles Spiel als „Baron Joachim“ Nürmbergs Beifall erntete. — Nach dem Theater fand im Saal eine gefellige Vereinigung statt, welche mit einem von Herrn A. Pfeister zum 50-jährigen Stiftungsfest der Pommerschen Gastwirths-Vereinigung komponirten Marsch „Hopsen und Malz, Gott erhalt's“ (Herrn G. Schrauber gewidmet) eröffnet wurde. Darauf tunkte den Gästen, von einem Doppel-Quartett gesungen, Müde's „Gott grüße Dich“ entgegen, nach welchem der vorzugsweise der Vereinigung. Herr A. Deichloff, das Wort ergriff, um namens des Vorstandes die Anwesenden herzlich willkommen zu heißen; er hob hervor, daß die Bestrebungen der Gastwirths durchaus friedliche seien, und auch nur erreicht würden, wenn Frieden im Lande herrsche; er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser als Hort des Friedens. Im weiteren Verlauf des Abends konzertirte die Kapelle des Herrn Musikdirektors Pelz, dazwischen wechselten Gesänge eines Doppel-quartetts und Solovorträge mit Ansprachen ernst und heiteren Inhalts und es war schon recht spät resp. früh, als sich die Teilnehmer trennten, um sich für den heutigen Haupttag des Jubiläumfestes auszurufen. Aus Anlaß ihres Jubiläumfestes hat der Vorstand der Pommerschen Gastwirths-Vereinigung auch eine von Herrn Sekretär A. Pfeister verfaßte Festschrift herausgegeben, in welcher „50 Jahre Vereinsleben“ geschildert werden, soweit darüber Thatsachen bekannt waren. Die Festschrift giebt einen Ueberblick über die Entwicklung der Vereinigung und geht daraus hervor, daß mancher harter Kampf zu bestehen war, aber dieselbe ihren heutigen Umfang an-nahm, denn heute gehören derselben fast 300 Mitglieder an. Auch die hiesige Vereinigung hat sich bereits seit 1877 dem deutschen Gastwirths-Verband angeschlossen; die von dem zum Jubelfest hier anwesenden Präsidenten des Verbandes gestiftete „Th. Müller-Stiftung“ hat bereits überaus segensreich gewirkt, aus derselben sind bisher 3885 Mark an Unterstützungen gezahlt, 8234 Diplome für 50-jährige Dienstzeit, 1258 silberne Medaillen für 60-jährige Dienstzeit und 214 Gedächtnisblätter für 10-jährige Dienstzeit, mit welcher die Unterstützungs-Berechtigung verbunden ist, vertheilt. Verbandslehrbriefe find 4062 ausgehellt und 1927 Jubiläum-Gedächtnisblätter für 25-jährige Gedächtnis-Jubilare vertheilt. Die Festschrift schließt mit dem Wunsch: „Möge es der Vereinigung gelingen, alle die Vertreter des Gastwirthsstandes heranzuziehen, welche bisher den Bestrebungen der Vereinigung und des Verbandes noch fern stehen, mögen alle kleinlichen Vorurtheile überwunden werden und möge vor Allem bei allen Mitgliedern das Interesse des Gesamtverbandes maßgebend für alle Beschlüsse sein und alle persönlichen Differenzen dabei außer Acht bleiben. Wir wollen ferner wünschen, daß die Beziehungen zwischen Gastwirthsstand und den Brauereien und Brennereien stets die besten bleiben und die gleichen Interessen derselben in gemeinsamen Vor-gehen erledigt werden, denn vereintes Streben führt zum Ziel.“ In diesem Sinne schließen wir mit dem Wunsch: „Gut und Heil dem gesamten Gastwirthsstande! Glückauf der Pommerschen Gastwirths-Vereinigung zu ihrem ferneren Streben!“

— (Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank.) Wie aus dem Juraaltheile unserer heutigen Zeitung ersichtlich, werden die am 1. April er-fälligen Pfandbriefskontos bereits vom 15. März an ab sofortlos eingelöst.

— Heute Dienstag tritt im Zentral-hallen-Theater die Serpentin- und Flammenzüngerin Miß Fuller sowie das übrige Künstlerpersonal zum letzten Male auf. Die Direktion hat auf vielseitigen Wunsch hin veranlaßt, für die letzte Vorstellung nochmals einen Nachtgastabend anzulegen. — Morgen Mittwoch gelangt ein gänzlich neues Programm zur Aufführung.

— Borgeltern Morgen 9 Uhr hat sich, wie der A. St. Ztg. gemeldet wird, der Oberleutnant Unteroffizier vom Train-Bataillon Nr. 2 in Altdamm erschossen.

— Morgen Mittwoch veranstaltet im Saale des Co. Vereinshauses Frau von Opheert-Schöncke ein Konzert, in welchem dieselbe ihre Schülerinnen vorführen wird, unter denen einige sehr begabte Talente. Das Konzert gewinnt aber ein besonderes Interesse durch die Mitwirkung zweier geschätzter Kräfte, nämlich nennen wir Frau Brach-Grevenberg aus Berlin, welche durch ihr Gespiel am Bellevue-Theater wohlthätig bekannt ist, ferner Herr Dr. Franz Kublo, der vorzüglich-Klavierist, welcher außer im Vereine junger Kaufleute hier noch nicht öffentlich ge-wirkt hat.

— Der Verein „Knabenhort und Kindergarten“ hielt gestern Nachmittag im Heim der Anstalt gleichen Namens, Apfelfallee 34, seine Jahresversammlung ab. Den Vorsitz führte Herr Stadtschulrath Dr. A. A. A., derselbe ge-

Roman von E. Heinrichs.

(Nachdruck verboten.)

genug zu einem elenden Lastthier. — Doch das ist vorüber. Ob mir die hiesigen Ereignisse bekannt sind? Der Ausruf belehrte mich über die Thaten meines Stiefvaters. Sein Sühnen hat also von dem damaligen Schusse nichts Nachtheiliges davongetragen? Man hat den Attentäter nicht fleckbrieflich verfolgen lassen?²⁴

„Sie hält Sie jedenfalls für todt.“
 „Ja, ja, verborben und gestorben; ich, ihr
 leibliches Kind,“ rief Egbert, beide Hände im
 Schmerze vor's Antlitz pressend; als er wieder
 aufblickte, war er todtbleich, doch wie ver-
 steinert in düsterer Ruhe. „Natürlich muß ich
 jetzt unter meinem Namen hervortreten, und diesen

„Für mich und meinen Sohn war die Möglichkeit dazu durch das geplante Verhältniß zwischen dem Baron Hallenberg und mir völlig ausgeschlossen. Der entlassene Beamte konnte nicht gegen den Schloßherrn vorgehen, ohne sich dem härtesten Verdict auszuweihen. Und dann — konnte ich eine Abmahnung vor dem Umfange der

„Und Sie befehlten den lahmen Färber in
Ihrem Dienst," schaltete Egbert lächelnd ein.
„Ja, er ist mir als Gärtner und sozusagen
als Thierwächter ein umdäbbarer Hausgenosse
geworden," erwiderte de Voer. „Der alte Butsch

meine Mutter ist. Vielleicht wäre ich nicht auf den Ruf eines unbekannten Freundes gekommen, wenn ich nicht im tiefsten Herzen die Hoffnung noch gehegt hätte, daß ich, nachdem der schlimmste Feind das Feld geräumt, daheim eine Mutter finden würde.“

(Fortsetzung folgt.)

1. *Chrysomelidae* (Coleoptera) (1875)

